

BLGS e.V. • Alt-Moabit 91 • 10559 Berlin

Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

per E-Mail

Bundesgeschäftsstelle:
Angelika Unger (Leitung):
Telefon 030 39 40 53 80
Email unger@blgsev.de
Vorstand:
Carsten Drude (Vorsitzender):
Email: drude@blgsev.de
Christine Vogler (Stellv. Vorsitzende):
Email: vogler@blgsev.de

19.10.2020

Lehrkräftemangel in den Pflegeberufen

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

vielen Dank für die Einladung zum Gespräch im Rahmen der nächsten Sitzung der Konzierten Aktion Pflege am 27. Oktober. Als Partner der Ausbildungsoffensive Pflege haben wir, der Bundesverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe (BLGS), uns dazu verpflichtet, Schulen und Träger bei der Implementierung des Pflegeberufegesetzes zu unterstützen und bei der angestrebten Erhöhung der Ausbildungszahlen mitzuwirken. In diesem Zusammenhang ist es uns ein dringendes Anliegen, erneut auf den drastisch ansteigenden Lehrkräftemangel aufmerksam zu machen, der sich sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht zunehmend negativ auf die Ausbildung auswirkt. Dieses Problem betrifft die schulische und die praktische Ausbildung gleichermaßen.

An den Pflegeschulen herrscht ein erheblicher Mangel an qualifiziertem Lehrpersonal, der sich aufgrund der Altersstruktur der Kollegien in den kommenden Jahren noch verschärfen wird. Schon jetzt können freiwerdende Stellen kaum noch nachbesetzt werden. Dies hat zur Folge, dass Qualitätskriterien wie das im PfIBG festgeschriebene Lehrer/innen-Schüler/innen-Verhältnis vielerorts dauerhaft unterlaufen werden. Den meisten Schulen ist es nicht möglich, ihre Ausbildungskapazitäten zu erhöhen – es gibt auf dem Arbeitsmarkt kein Personal, um noch mehr Schüler/innen zu unterrichten.

Mindestens ebenso ausgeprägt ist die Lücke an qualifiziertem Lehrpersonal für die praktische Ausbildung. Der Mangel an Praxisanleiter/innen betrifft bundesweit alle Sektoren, insbesondere aber die Langzeitpflege. Es zeigt sich, dass nicht einmal die gesetzlichen Minimalstandards für die Praxisanleitung flächendeckend umgesetzt werden können. Und auch hier verhindern die unzureichenden Personalkapazitäten das Aufstocken von Ausbildungsplätzen. Die Arbeitsbedingungen für Praxisanleiter/innen sind vielerorts inakzeptabel: Für die Erfüllung ihrer Lehrverpflich-

tungen werden sie nicht ausreichend freigestellt, sondern zwischen ihren Pflege- und Ausbildungsaufgaben aufgerieben; ihre Tätigkeit wird nur selten angemessen vergütet. Als Aufstiegsweiterbildung ist die Praxisanleitung nach wie vor unattraktiv.

Nach unserer Erfahrung interessieren sich viele junge Menschen für eine Lehrtätigkeit in der Pflege. Dem steht allerdings eine drastische Unterversorgung mit adäquat ausgestatteten, dem fachlichen Standard angemessenen und gebührenfreien Studienplätzen entgegen. Ersatzweise unterstützen die Länder leider die Entstehung kostenpflichtiger Studiengänge privater Anbieter, die teilweise miserabel ausgestattet sind und notwendigen Qualitätsstandards nicht genügen. Auch hinsichtlich der Ausstattung universitärer Lehramtsstudiengänge nehmen viele Länder ihre Verantwortung nur unzureichend wahr. So werden u.a. an der TU Dresden, der TU München und der Universität Hamburg seit vielen Jahren Pflegelehrer/innen ausgebildet, ohne dass es dort Institute oder Professuren für das Hauptfach Pflegewissenschaft gibt. In anderen Ländern sind die Bedingungen teilweise noch deutlich schlechter.

Deshalb findet an vielen Studienstandorten weder nennenswerte Pflegeforschung statt, noch gibt es pflegewissenschaftlich hochqualifiziertes Lehrpersonal. Die Hauptfächer Pflegewissenschaft und Pflegedidaktik/-pädagogik werden häufig von wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen in befristeter Teilzeitanstellung oder von nebenberuflichen Lehrbeauftragten unterrichtet. In der Folge sind viele Pflegelehrkräfte in Deutschland nicht nach dem aktuellen pflegewissenschaftlichen und pflegedidaktischen Entwicklungsstand ausgebildet.

Im Dialog mit den Ländern muss daher unverzüglich mit dem Aufbau der notwendigen Studienstrukturen für Pflegelehrer/innen begonnen werden. Dazu gehört eine seriöse Bedarfsermittlung mindestens auf der Basis des im PflBG festgelegten Stellenschlüssels und der erforderlichen Ausbildungszahlen, auch unter Berücksichtigung der Hilfs- und Assistenzberufe. Dauerhaft ausfinanzierte Studienplätze in entsprechender Anzahl und Qualität sind einzurichten. Dies schließt den Aufbau pflegewissenschaftlicher Institute und Lehrstühle an allen Studienstandorten ein, ebenso die Aufstockung pflegedidaktischer Professuren und eine massive Stellenerhöhung im akademischen Mittelbau.

Bundesweit müssen außerdem endlich genügend attraktive Strukturen für die Weiterqualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Forschung und Lehre aufgebaut werden. Dazu gehören unbefristete Stellen und Promotionsstudiengänge, die ihren Namen auch verdienen. Ferner sind die Hochschulen gezielt darin zu unterstützen, Fort- und Weiterbildungsabteilungen für eine zeitgemäße Qualifikation von Praxisanleiter/innen zu etablieren, um dem steigenden Bedarf an Lehrenden für die praktische Ausbildung Rechnung zu tragen.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, bis jetzt können wir leider kaum politische Maßnahmen zur nachhaltigen Lösung des Lehrkräftemangels in der Pflege feststellen. Im Gegenteil erreichen uns zunehmend Hilferufe aus unseren Mitgliedsschulen. Der fortschreitende Mangel an Lehrpersonal hat vielerorts zu einer Verschlechterung der Ausbildungsqualität geführt. Er verhindert nicht nur die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten, sondern gefährdet mittlerweile sogar bestehende Ausbildungsplätze. Wir plädieren daher eindringlich für ein radikales Umsteuern in der Hochschulpolitik.

Um die Länder bei der Bewältigung dieser Aufgaben zu unterstützen, schlagen wir vor, zunächst schnellstmöglich einen zweckgebundenen „Hochschulpakt Pflegebildung“ im Sinne eines Bundes-Länderprogramms zur Finanzierung aufzulegen. Die Länder müssen sich verpflichten, entsprechende Strukturen zu entwickeln und anschließend dauerhaft abzusichern.

Ohne tiefgreifende politische Reformen werden die Ziele der Konzentrierten Aktion Pflege in immer weitere Ferne rücken.

Mit freundlichen Grüßen



Carsten Drude
Vorsitzender



Christine Vogler
Stellv. Vorsitzende

BLGS e.V.
Alt-Moabit 91 • 10559 Berlin
Telefon: 030 39 40 53 80
Email: info@blgsev.de
Web: www.blgsev.de



Vorsitzender: Carsten Drude
Amtsgericht Charlottenburg VR 31906 B
Bank im Bistum Essen
IBAN: DE27360602950030381017
BIC: GENODED1BBE